Rede von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, auf der Sondertagung des Europäischen Rates vom 30./31. Mai 2022 in Brüssel

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das, was wir bisher erreicht haben, ist bereits als beispielloser Erfolg zu verbuchen: Selbst die größten Zyniker waren überrascht, wie sehr wir zusammengehalten haben und dass wir so geschlossen aufgetreten sind.

Bisher stand die Öffentlichkeit hinter uns. Die Menschen in der EU haben sechs Millionen Ukrainer bei sich zu Hause und in ihre Herzen aufgenommen. Sie haben weitgehend akzeptiert, dass der Krieg einen Tribut erfordert, und auf ein entschlossenes Vorgehen gedungen.

Ich mache mir jedoch Sorgen, was passiert, wenn sich die öffentliche Meinung ändert. Das wird unweigerlich passieren, wenn wir alle aufgrund des sogenannten CNN-Effekts im Zusammenhang mit dem Krieg und der Desinformation und Fehlinformation aus Russland stärker unter Druck geraten oder wenn die Preise nicht sinken.

Wir müssen standhaft bleiben und mit der Planung einer langfristigen Zusammenarbeit mit dieser Region beginnen, die über die unmittelbare Soforthilfe für die Ukraine hinausgeht. Die EU muss dabei die Führung übernehmen und auch behalten.

Der Standpunkt des Parlaments zum Antrag der Ukraine auf Beitritt zur EU ist allseits bekannt. Der Status eines Bewerberlandes wird der Ukraine Hoffnung bringen. Er wird dem Land eine Teilnahme an verschiedenen Programmen ermöglichen, aber auch Raum und Zeit für Reformen geben.

Das geht jedoch nicht von heute auf morgen, und wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, dass es möglich ist.

Der Status eines Bewerberlands bietet eine echte Perspektive und kann Länder verändern. Wir haben das bei vielen Ländern gesehen, die hier vertreten sind. Das gilt auch für Albanien und Nordmazedonien – denen wir im Übrigen eine echte Antwort schulden.

Was die Ukraine jetzt von uns braucht, sind Hoffnung und eine Perspektive. Andernfalls zwingen wir Kiew dazu, anderswo danach zu suchen.

Die EU muss jetzt wahrhaftig zu einer globalen Verfechterin der Demokratie werden und sich in einer Welt, die immer komplexer und gefährlicher wird, für liberale Demokratien einsetzen.

Niemand behauptet, dass das einfach oder unkompliziert sein wird, aber es ist es wert.

Was die Sanktionen angeht, hat sich die Kommission – zu Recht – mutig gezeigt. Aber wir müssen noch weitergehen. Ich hoffe wirklich, dass wir heute eine Einigung erzielen, denn das Gegenteil können wir uns nicht leisten. Unser Ziel muss auch weiterhin darin bestehen, uns von der Energieversorgung aus Russland unabhängig zu machen. Wir dürfen uns keine Blöße geben und haben auch nur einen gewissen Spielraum, bevor wir die Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung verlieren und Russland gegenüber, das Schwäche bekanntlich verachtet, schwach wirken.

Außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Lukaschenko und Putin zwei Seiten derselben Medaille. Sanktionen gegen Russland müssen mit Sanktionen gegen Belarus einhergehen. Daran sollten wir nicht rütteln. Diejenigen, die alles für ein demokratisches Belarus aufgegeben haben und uns um Hilfe bitten, blicken nun erneut auf uns.

Die russische Invasion stellt eine äußerst besorgniserregende Belastung für die globalen Lebensmittelversorgungsketten dar. Und das betrifft nicht nur die EU. Es ist durchaus möglich, dass es zu einer echten Hungersnot in der Welt kommt. Wenn die Ukraine ihre Felder nicht bestellen kann, könnte es mehrere Jahre lang an Nahrungsmitteln mangeln.

Russland weiß das und erpresst die Welt, während es gleichzeitig seine eigenen Getreidespeicher mit gestohlenem ukrainischem Weizen und anderem Getreide füllt. Wir müssen rasch Wege finden, wie das Getreide aus der Ukraine dorthin gebracht werden kann, wo es in der Welt am dringendsten benötigt wird. Außerdem müssen wir die Zahl der von der Kommission angekündigten „Solidaritätskorridore“ erhöhen und andere Optionen ausloten, wie das Getreide transportiert werden kann.

Der Krieg in der Ukraine hat zudem das Unvermeidliche beschleunigt. Wir müssen in der Lage sein, unsere energiewirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern. Die Mitteilung zu „REPowerEU“ ist dabei maßgeblich. Sie wird dazu beitragen, die Abhängigkeit der Union von Gas-, Öl- und Kohlelieferungen aus Russland rasch zu verringern, und die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft beschleunigen.

Für mich ist vor allem das übergeordnete Ziel der Unabhängigkeit bei der Energieversorgung ein entscheidender Faktor.

Wir müssen die Ziele unseres Grünen Deals verwirklichen. Das ist der beste Weg, um uns aus der toxischen Abhängigkeit von unzuverlässigen Partnern zu befreien.

Außerdem sollten wir rasch handeln, was den Gas- und den Strommarkt betrifft, um die Privathaushalte in der EU vor starken Preisschwankungen zu schützen. Wir sollten gemeinsame Mechanismen und Plattformen für die Beschaffung von Erdgas entwickeln und unseren Strommarkt optimieren, sodass künftige Preisschwankungen abgewendet werden. Der rasche Abschluss der Verhandlungen über die Anforderungen für die Gasspeicherung beweist, dass wir Ergebnisse erzielen können. Wir brauchen aber noch mehr.

Unsere Investitionen in den Energiesektor und die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft dürfen nicht nur als Umweltschutzmaßnahmen gelten, sondern müssen auch als Sicherheitsmaßnahmen gesehen werden, weshalb auch das Paket „Fit für 55“ so wichtig ist.

Unsere Sicherheit und Verteidigung entwickeln sich derzeit äußerst rasch zu einer existenziellen Frage. Wir müssen über die erforderlichen Mittel verfügen, um uns zu verteidigen, und das können wir nur gemeinsam erreichen. Daraus ergibt sich, dass wir die Zusammenarbeit und die Interoperabilität verbessern und unsere Ressourcen effizienter bündeln müssen.

Wir müssen reagieren und können dabei dafür sorgen, dass unsere Maßnahmen das Vorgehen der NATO ergänzen und keine Konkurrenz erzeugen.

Das wird Auswirkungen auf den Haushalt haben. Wir werden unsere Verteidigungshaushalte aufstocken müssen, und wir müssen prüfen, wie gemeinsame Mittel besser für die Stärkung unsere Verteidigungsfähigkeiten verwendet werden können.

Zuletzt möchte ich noch kurz auf die wirtschaftliche Flexibilität eingehen. Kurzfristig kann es angesichts des voraussichtlichen Entwicklung nach der COVID-19-Pandemie, des Krieges vor unserer Haustür und der aktuell laufenden Energiewende hilfreich sein, die allgemeine Ausweichklausel bei unseren Haushaltsregeln bis Ende 2023 anzuwenden. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht zulassen, dass eine übermäßige Verschuldung das Potenzial künftiger

Generationen einschränkt. Wir müssen die damit einhergehende Verantwortung ernst nehmen und für eine entsprechende Ausgewogenheit sorgen.

Die EU braucht unsere Führung. Unsere gemeinsame Zukunft wird dadurch bestimmt, wie wir in den nächsten Monaten reagieren. Das Europäische Parlament ist bereit, einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Vielen Dank!